Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft.

Wie die Probleme, die sich für die Frauenarbeit in der Uebergangszeit ergeben und in der gestrigen Sitzung gekennzeichnet worden sind, zu lösen sind, war die Aufgabe der Vorträge, die heute vormittag bei der Tagung des Bundes deutscher Frauenvereine und des ständigen Ausschusses zur Förderung von Arbeiterinneninteressen gehalten wurden. Dr. Alice Salomon legte die allgemeinen Grundzüge zu dieser Lösung dar und schlug als Plan eine Demobilisation vor, daß als erste Gruppe die Frauen aus der Arbeit entlassen werden, die nicht auf Verdienst angewiesen sind, sodann diejenigen, die geeignet sind, in einen anderen früheren Beruf zurückzukehren, z. B. zur Landwirtschaft, als Diensthöfen usw., und schließlich die Jugendlichen, die noch einer Ausbildung zugeführt werden können.

Fräulein Bertha Dehrlind wies zunächst im Auftrage des Kriegsamtes darauf hin, daß, wenn man schon die Vorarbeiten für eine Uebergangswirtschaft machen müsse, doch gegenwärtig noch die dringlichste Aufgabe die weitere Beschaffung weiblicher Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft sei und alle Frauenverbände dahin wirken müßten, die Frauen von der Pflicht zur Arbeit zu überzeugen. Sie schilderte dann die Aufgaben des Arbeitsnachweises für die Uebergangswirtschaft. Die Arbeitsnachweise müssen die Arbeiterinnen sofort nach ihrer Entlassung erfassen und beraten, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und sie solchen Berufszweigen zuzuführen, die Arbeitskräfte bedürfen. Um das Erfassen aller Arbeiterinnen zu ermöglichen, müssen die Fabriken die Kündigung rechtzeitig ergehen lassen und sofort bei der Kündigung auch die Arbeitsnachweise und bei der Entlassung von mehr als fünfzig Arbeiterinnen auch die zuständigen Zentralauskunftsstellen bei den Kreisämtern benachrichtigen, damit bei abgelegenen Betrieben, in deren Gegend kein Arbeitsnachweis ist, für diese Zeit des Bedarfs ein fliegender Arbeitsnachweis ausgemacht wird. Gute Beratung ist von der Vermittlung nicht zu trennen und deshalb muß die im Kriege geschaffene Einrichtung der Fürsorgeberatungsstellen im Anschluß an die Arbeitsnachweise nicht nur bestehen bleiben, sondern planmäßig ausgebaut werden. Schließlich sei es durchaus notwendig, geeignete Persönlichkeiten als Beamtinnen für die Arbeitsnachweise zu gewinnen und auszubilden.

Dr. Käthe Gabel sprach über die Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge. Die Frage der Notstandsarbeiten für Frauen sei bisher noch viel zu wenig erwogen worden. Nur wenige Gemeinden hätten bisher nach dieser Richtung Vorsorge getroffen. Als letztes Glied in der Fürsorge für die Frauen müsse eine Erwerbslosenunterstützung vorgesehen werden, um das Sinken der Arbeiterinnen aus ihrer Schicht in das unterste Proletariat zu verhindern. Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege müssen in systematischer Verknüpfung angewendet werden; die Erwerbslosenunterstützung dürfen nicht in das Bestehen der Gemeinde gestellt und auch nicht von ihren Vermögensverhältnissen abhängig gemacht werden, sondern die Kosten müssen vom Reich und den Einzelstaaten und teilweise von besonderen Zweckverbänden getragen werden. Bei den Jugendlichen müsse mit der Arbeitslosenunterstützung eine starke erzieherische Beeinflussung Hand in Hand gehen und das Geld der Familie, nicht dem Jugendlichen selbst in die Hand gegeben werden. Jedenfalls sei der Zusammenhang zwischen der Familie und den Jugendlichen möglichst zu betonen. Fräulein Anna Schmidt und Fräulein Hildegard von Gierke sprachen dann über Arbeiterinnenschutz und soziale Fürsorge.